



HESSISCHER LANDTAG

22. 05. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

betreffend Blockupy in Frankfurt war ein guter Anfang der Proteste gegen Krise, Krieg und Kapital

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag unterstützt alle parlamentarischen und außerparlamentarischen Initiativen, die den Europäischen Fiskalpakt und das Troika-Diktat gegen andere europäische Staaten verhindern wollen. Die Verantwortlichen für die globale Krisen- und Verarmungspolitik sollten direkt vor den Türen ihrer Entscheidungszentralen mit phantasievollen Blockaden und kreativen Formen des Protestes benannt werden.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eindeutig gegen den europäischen Fiskalpakt Stellung zu nehmen und diesen im Bundesrat abzulehnen.
3. Der Landtag bedankt sich bei den Blockupy-Teilnehmern aus allen Teilen Europas für die Verteidigung der demokratischen Rechte und die friedlichen und kreativen Proteste gegen Kapital und Bankenmacht und deren politische Unterstützer.
4. Der Hessische Landtag tritt für die überragende Bedeutung der grundgesetzlich geschützten Versammlungsfreiheit ein und verurteilt die Demonstrationsverbote gegen die "Blockupy-Bewegung".
5. Der Landtag verurteilt das unverhältnismäßige Agieren der Behörden - insbesondere das totale Versammlungsverbot von Mittwoch, 16. Mai 2012, bis Samstag, 19. Mai 2012, in Frankfurt - als Angriff auf das Versammlungsrecht. Der Landtag verurteilt in diesem Zusammenhang die Stimmungsmache und die Kriminalisierungsversuche durch die Verantwortlichen der Stadt Frankfurt und den hessischen Innenminister Rhein.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den berechtigten Protest zukünftig nicht mehr zu behindern und willkürliche polizeiliche Maßnahmen wie Festnahmen und "Stadtverbote" zu verhindern.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 22. Mai 2012

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen